UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 2 1936
LIBRARY

Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Gm. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 15. Oktober	Nr. 1359

Festspiung der Deutschen Akademie.

Breslau, 14. Oktober. Im Breslauer Schloß fand am Mittwoch abend die Festspiung der Deutschen Akademie statt. Der Inhaber des ersten Lehrstuhls der deutschen Geschichte, Universitätspräsident **Dr. A. O. Meyer**, nahm dabei das Wort zu seinem Festvortrag über die Rolle Schlesiens in der deutschen Geschichte. Der Vortragende führte aus, daß Schlesien zu keiner Zeit ein geschlossenes Machtgebiet darstellte, das aus Selbstbestimmung und aus eigener Kraft sein Schicksal gestalten konnte. Vielmehr hätte bestimmend geworden für die Gewinnung des gesamtdeutschen Lebensraumes und so zu einem Schicksalsland Deutschlands. Am frühesten von allen Ländern Ostelbiens von deutschem Geist durchdrungen, habe Schlesien auch am früheste das Bestreben nach eigenem geistigen Leben gezeigt. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts weise kein deutscher Stamm mehr gelehrte Männer auf als Schlesien. Die gesamte deutsche Geschichte sei nicht zu denken ohne das preußische Gesicht Schlesiens. Auf ihm beruhe die preußische Großmachtstellung, ohne die 1813 schwerlich die Befreiung und 1866 sicher nicht die Einigung gelungen wäre. Preußen erst habe Schlesien zu der hohen geschichtliche Rolle emporgeführt. In der Gegenwart könne nichts als der feste Rückhalt an das neue geeinte Reich das schwergepriifte Grenzland erhalten und stärken. Schlesien sei heute Grenzland wie einst, deutsch wie nur je in seinem Empfinden, gesamtdeutsch wie immer in seinem Streben.

Präsident Professor **Dr. Haushofer** hieß gleichzeitig mit Dankesworten für den Vortrag die Mitglieder und Gäste der Deutschen Akademie in der Festspiung willkommen. Anschließend teilte der Generalsekretär Dr. Thierfelder die Berufungen und Ehrungen mit.

Der Präsident gab darauf Telegramme des Führers und Reichskanzlers, des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, der Reichsminister Dr. Goebbels, von Neurath und Rust sowie des bayerischen Ministerpräsidenten und anderer Persönlichkeiten bekannt, in denen der Arbeit der Deutschen Akademie weiterer Erfolg gewünscht wird.

Am letzten Tage der Hauptversammlung der Deutschen Akademie trat unter dem Vorsitz von Staatsrat **Dr. von Stauß** der Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie zu seiner Jahressitzung zusammen. Nach Erledigung der durch die Satzung vorgeschriebenen geschäftlichen Punkte ergriff Generalsekretär **Dr. Thierfelder** das Wort zu einem Lichtbildervortrag „Die Bedeutung der Sprachpolitik im Ausland für die deutsche Wirtschaft". Jeder Deutsche im Auslande müsse für die Wirtschaftsförderung tätig sein, indem er an der Schaffung einer für die Abnahme deutscher Waren günstigen Atmosphäre mitarbeite. Dr. Thierfelder regte zur Herausgabe wirtschaftlich-kulturneller Wierteljahrsblätter in den einzelnen Ländern an, deren Bearbeitung die Lektoren der Deutschen Akademie unentgeltlich übernehmen könnten. Bei der Auswahl des Lesestoffes müsse das Technisch-Wirtschaftliche mehr als bisher berücksichtigt werden. Eine engere Verbindung zwischen den Lektoren und den ausländischen Niederlassungen der deutschen Wirtschaft sei für beide Teile von Nutzen. Im Sommer sollten in Deutschland Lehrgänge für Handelsvertreter und Spezialarbeiter, die ins Ausland gingen, eingerichtet werden, in denen diese über die politischen Verhältnisse ihres künftigen Arbeitsgebiets unterrichtet wurden. Wünschenswert wäre es noch an kurzen Lehrgängen für ausländische Kaufleute, Handlungsgehilfen und Buchhalter in deutscher Sprache mit anschließenden Industriebesichtigungen. Hier eröffne sich ein wirtschaftlich wichtiges und noch gar nicht bestelltes Feld. Endlich fehle es noch fast ganz an technisch, naturwissenschaftlichen und medizinischen Lesebüchern, die auf Ausländer zugeschnitten seien.

Nach diesem Vortrag erstattete der Organisationsleiter **Dr. Weisner** einen Tätigkeitsbericht über die Fortschritte der Werbung durch den Wirtschaftsrat. Gleichzeitig mit dem Wirtschaftsrat tagte der „Große Rat", in dem die Vertreter der Ortsgruppen und befreundeten Verbände zusammengeschlossen sind. In dieser Sitzung wurden laufende Fragen der Geschäftsordnung besprochen.

Hohe Ehrung eines deutschen Gelehrten in Uruguay.

Montevideo, 15. Oktober. Als Ehrung für den deutschen Professor Dr. Albert Börger, den Leiter des Staatlichen Landwirtschaftlichen Versuchsinstituts, fand am Mittwoch abend in der Universität von Montevideo ein großer Festakt statt, an dem Vertreter sämtlicher Ministerien, der staatlichen und städtischen Behörden sowie der Geistlichkeit teilnahmen.

Der Staatspräsident hatte seinen Flügeladjutanten zur Feier entsandt. Der Landwirtschaftsminister feierte in einer Rede Dr. Börger als verdienten Wissenschaftler. An einer anschließend zu Ehren Börgers gegebenen Festtafel nahmen der Kriegsminister, der Unterrichtsminister, der Unterstaatssekretär des Landwirtschaftsministeriums, der deutsche Gesandte, Vertreter der NSDAP. in Uruguay sowie über 200 Vertreter wissenschaftlicher und landwirtschaftlicher Körperschaften aus Brasilien und Argentinien teil. Aus Brasilien waren zahlreiche Glückwunschtelegramme eingegangen.

Das Frontmiliz-Gesetz in Oesterreich verabschiedet.

Wien, 15. Oktober. Der österreichische Ministerrat hat am Mittwoch das neue Gesetz über die Miliz der Vaterländischen Front, die sogenannte Frontmiliz, verabschiedet. Aus diesem Gesetz geht hervor, daß die Frontmiliz die Aufgabe hat, freiwillige Wehrfähige in eigenen Formationen zusammenzufassen. In die Frontmiliz können aber auch Männer, die noch dienstpflichtig sind, eingereiht werden. Die Verwaltung der Frontmiliz wird dem Bundesministerium für Landesverteidigung angegliedert. Die Einberufung für den Ernstfall oder für Uebungszwecke kann vom Generalkommandanten der Miliz im Einvernehmen mit dem Minister für Landesverteidigung vorgenommen werden.

Aus der Fassung des Gesetzes scheint hervorzugehen, daß auf die Mitglieder der ehemaligen freiwilligen Wehrverbände kein Zwang ausgeübt werden soll, in die Frontmiliz einzutreten.

Ueber die sogenannten Zivilformationen des Heimatschutzes verlautet von kommunistischer Seite, daß die Heime des Heimatschutzes überall geschlossen worden sind. Der ganze Organisationsapparat arbeitet seit Sonntag nicht mehr. Die ausländischen Stellen sind mit dem Abbau der Heimatschutzbewegung beschäftigt. Rechtlich ist die Organisation des Heimatschutzes nur schwer zu übersehen. Es bestehen mehrere eingetragene Vereine. Gewisse Teilgruppen und gewerkschaftliche Organisationen sind vereinsrechtlich überhaupt nicht erfaßt. Die Heimatschutzbewegung war sehr stark dezentralisiert. Die Auflösung der einzelnen Gruppen wird daher noch geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Englische Minister gegen Ruhestörungen.

London, 15. Oktober. Zwei englische Minister haben sich am Mittwochabend dafür ausgesprochen, daß Schritte unternommen werden müßten, um weitere Zusammenstöße zwischen Faschisten und Kommunisten zu verhindern.

Sir Thomas **Inskip**, der Verteidigungsminister, sprach in Watford. Er erklärte, daß die Tatsache der ordnungswidrigen Umzüge, bei denen der eine Teil den anderen herausfordere, eine Versammlung zu einer Gegenversammlung führe, die Polizeibehörden zu erneuten zwinge, ob nicht Maßnahmen am Platze seien, um derartige Freiheiten einzuschränken. Die öffentliche Meinung, so glaube er, stimme darin überein, daß diesem Zustand irgendwie Einhalt getan werden müsse. Der Verteidigungsminister gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich, wenn nötig, Mittel und Wege finden ließen würden, um solche Friedensstörungen zu beseitigen, ohne daß dadurch die Freiheiten eingeschränkt würden, an denen er und das englische Volk hingen. Sir Thomas Inskip setzte sich auch mit der Forderung der Arbeiterpartei auseinander, die Madrider Regierung im Falle eines erneuerten Bruches des Nichteinmischungsabkommens zu unterstützen. Er fragte in diesem Zusammenhang, warum sich England herausfordern lassen solle, die eine oder die andere Seite zu unterstützen, da es sich doch nicht um England handele. Attlees Forderung sei außerordentlich sonderbar.

In London sprach der Kriegsminister **Duff Cooper**. Auch er erklärte, daß Schritte unternommen werden müßten, um für die Ordnung, und zwar für die größtmögliche Ordnung, die eine Regierung bieten könne, zu sorgen. Auf sein eigentliches Arbeitsgebiet eingehend, verteidigte und begründete der Kriegsminister nochmals die englische Rüstungspolitik. Zu den Reputierungsschwierigkeiten sagte er, er hoffe, daß England niemals in die Lage kommen werde, die Jugend zu zwingen, im Heere zu dienen. Er sei überzeugt, ein Hinweis werde genügen, daß die Jugend pflichtgemäß zu dienen habe, um zum Erfolge beizutragen.

Kundgebungen der britischen Faschisten.

London, 15. Oktober. Wenn den Faschisten in der englischen Oeffentlichkeit in diesen Tagen so häufig der Vorwurf gemacht wurde, die Rolle des „Friedensbrechers" gespielt zu haben, so haben zwei Versammlungen Mosleys am Mittwoch abend in Lutford gezeigt, daß man den Faschisten den Vorwurf des Friedensbruches nicht machen kann.

Sir Oswald Mosley sprach zuerst am Viktoria-Park, wo er von seinen Anhängern mit Jubel begrüßt wurde. Schon lange vor Beginn der Versammlung waren die Straßen voll von Menschen. Die Polizei hatte alle nur denkbaren Vorsichtsmaßnahmen getroffen, da die Kommunisten in unmittelbarer Nähe der Faschistenversammlung eine Gegenversammlung abhielten. Es kam aber zu keinerlei Zwischenfällen.

Als Mosley seine Rede beendet hatte, marschierten die Faschisten nach Limehouse, wo Mosley ein zweites Mal sprach. Die Faschisten wurden in den Straßen der als rot verrufenen Londoner Vororte teilweise sogar mit Jubel begrüßt. Mosley marschierte an der Spitze seiner Anhänger. Auch die zweite Versammlung verlief in völliger Ruhe und Ordnung. Die Ausführungen des Faschistenführers wurden immer wieder von Zustimmung unterbrochen.

Nach Schluß der zweiten Kundgebung marschierten die Faschisten unter Vorantritt einer Kapelle geschlossen ab. Sie wurden immer wieder aus der die Straßen dicht umsäumenden Menschenmenge mit dem Faschistengruß gegrüßt.

Die tschechischen Militärflieger in Moskau.

Moskau, 14. Oktober. Am Mittwoch wurde die in Moskau eingetroffene Abordnung der tschechischen Militärflieger von dem Befehlshaber der sowjetrussischen Luftstreitkräfte Alksnis empfangen. Von den Zeiten wurden Reden gehalten, in denen die militärische Zusammenarbeit gefeiert wurde.

Bilbao vor dem Fall.

Lissabon, 15. Oktober. Wie General Queipo de Llano am Mittwochabend im Rundfunksender Sevilla mitteilte, ist der Ring um die Stadt Bilbao vollständig geschlossen. Ein Angriff der Roten auf Granada sei zurückgeschlagen worden. Auch bei Huesca hätten die Roten eine schwere Niederlage erlitten. Sie hätten dort 250 Tote gehabt.

Siegreicher Vorstoß der nationalen Truppen.

Paris, 15. Oktober. Havas meldet aus Teneriffa, daß die dortige Sendestation am 23 Uhr bestätigt habe, daß die Verstärkungstruppen aus Galizien den Ort Navalcarnero besetzt und ihre Verbindung mit den Oviedo-Streitkräften des Generals Aranda hergestellt hätten. Die roten Truppen seien in die Flucht geschlagen worden und hätten gegen 2000 Mann Verluste. In der Sierra de Gredos seien die nationalen Truppen weiter vorgerückt und ständen bei Villa del Prado.

Die Preisgestaltung nach der Frankenabwertung.

Paris, 15. Oktober. Nach der letzten Uebersicht über die Großhandelsrichtzahlen, die die Auswirkungen der Abwertung auf die Preisgestaltung für den Zeitraum zwischen dem 26. September und 10. Oktober erkennen lassen, ist die allgemeine Großhandelsrichtzahl um 8 v. H. gestiegen, die Großhandelsrichtzahl für Einfuhrerzeugnisse um 12 v. H., die für einheimische Erzeugnisse um 6 v. H., die für Industriematerialien um 10 v. H. und die für Lebensmittel um 6 v. H.

Paris beunruhigt über die belgische Neutralitätspolitik.

Paris, 15. Oktober. Die Rückkehr Belgiens zur strengen Neutralität und die damit verbundene Auflösung Brüssels vom Pariser Schlepptau hat hier wie eine Bombe eingeschlagen, zumal die Nachricht gänzlich unerwartet kam. Die Vorzeichen — die Rede des belgischen Außenministers Spaak — hatte man in Paris nicht ernstnehmen wollen. Man ist sich hier darüber klar, daß der selbständige belgische Schritt die Aussichten eines Westpaktes völlig ändern wird, und daß die französisch-belgische Generalstabs-Zusammenarbeit aufgekündigt ist.

Das **Journal** schreibt, Belgiens Verzicht auf alle einseitigen Verbindlichkeiten scheine nicht nur die Absicht anzukündigen, den gegenseitigen Beistand ablehnen zu wollen, der die Grundlage eines neuen Westpaktes sein sollte, sondern das französisch-belgische Abkommen überhaupt. Man müsse sich sogar fragen, inwieweit dieser Entschluß mit den Beistandspflichten nach Artikel 16 der Völkerbundssatzungen vereinbar sei.

Im **Petit Parisien** heißt es, durch die Rückkehr zur Neutralitätsstellung von 1914 befreie sich Belgien von den Beistandspflichten des Westpaktes, verliere aber auch seine Beistandsverpflichtungen des französisch-sowjetrussischen Paktes. Die neue belgische Außenpolitik lasse sich zur Not begreifen, wenn man an die politischen Schwierigkeiten Belgiens denke, aber sie sei nicht ohne Gefahr, denn sie könne Belgien in eine Verlegenheit bringen.

Das **Echo de Paris** sagt, Deutschland habe die Verpflichtungen aus dem Westpakt im März aufgekündigt, Italien im Juni, jetzt mache sich Belgien aus dem Staube. Belgien stelle vor vollendete Tatsachen; es scheine keine Vorankündigung in Paris oder in London gemacht worden zu sein. Der Quai d'Orsay sei beispielsweise nur durch Pressebericht unterrichtet worden. Werde Belgien weiterhin die Verpflichtung des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen einhalten, d. h. an Sühnemaßnahmen gegen den Angreifer teilnehmen oder Truppen eines dritten Staates, die an einer kollektiven Aktion teilnähmen, den freien Durchzug durch Belgien gestatten?

Die Rede des Königs enthalte keinerlei Anspielung auf diese internationale Verpflichtung, aber die Tatsache, daß künftig auch an der belgisch-französischen Grenze belgische Truppen Standorte bezögen, lasse das aktive Vorhandensein der neutralitätischen Auffassung durchblicken. Der neue belgische Kurs schaffe politisch und strategisch einen neuen Zustand. Die französisch-englischen Militärabmachungen ließen ohne die belgische Stütze Gefahr, an Wirksamkeit zu verlieren. Frankreich bezahle jetzt seine sozialen Experimente. Sogar die wallonischen Sympathien seien ihm entfremdet.

Oeuvre stellt fest, mit tiefem Erstaunen habe der Quai d'Orsay durch die Presse die Rede des Königs der Belgier erhalten, und keine Vorankündigung habe vermuten lassen, daß der König soweit gehen würde, einfach einseitig alle seine internationalen Verpflichtungen zu kündigen. Kein Zweifel in der Welt könne diesen Entschluß billigen.

Das Blatt fordert, daß auch London so energisch wie Frankreich gegen eine derartige Verletzung der internationalen Verpflichtungen durch ein kleines Land protestiere. Das ganze internationale politische System des Friedensvertrages sei zu einem Nichts geworden. Die tödliche Sicherheit erhalte einen schweren Schlag. Schließlich sei das ein ungeheurer Erfolg für Deutschland, das ja auf die zweiseitigen Abkommen hinsteuere.

Der **Populaire** sagt, es habe keinen Sinn, an der Bedeutung des neuen Kurses in Belgien herumzureden. Belgien habe amtlich den Westpakt fallen gelassen und sei zur Neutralitätspolitik der Vorkriegszeit zurückgekehrt. Diese neue Haltung Belgiens sei eines der zahlreichen Geschenke, die die Politik Lavals Frankreich eingebracht habe. Das Blatt wundert sich, daß in der Rede des Königs der Völkerbund überhaupt nicht genannt worden ist, und fragt, ob Belgien vielleicht aus dem Völkerbund austreten wolle.

Ami du Peuple schreibt, Frankreich verliere durch den belgischen Kurswechsel eines der Hauptstücke des diplomatischen Systems, auf dem seine Ruhe und Sicherheit aufgebaut gewesen sein. Frankreich bezahle Jahre der Schwäche teuer.

Polnische Kommunisten im „Sowjetparadies" erschossen.

Warschau, 14. Oktober. Nach in Warschau vorliegenden Nachrichten ist in letzter Zeit eine Reihe polnischer Kommunisten, die sich in das „Sowjetparadies" gerettet hatten, um dem polnischen Gefängnis zu entgehen, in Sowjetrußland erschossen worden. Kurzer Czernowy, der eine Anzahl von ihnen mit Namen nennt, führt dazu aus, daß die geflüchteten Kommunisten zunächst freundlich empfangen und als „Opfer einer kapitalistischen Regierung" zu Agitationsreisen veranlaßt worden seien. Kurze Zeit später seien sie von der GPU. verhaftet und dann erschossen worden.

Griechenland verzichtet auf Auslandsreisegebühr.

Athen, 14. Oktober. Der Ausschuß zur Verteidigung der nationalen Wirtschaft hat in einer Sitzung am Dienstag, an der auch der Unterstaatssekretär für Presse und Fremdenverkehr teilnahm, beschlossen, die Gebühr von 20 000 Drachmen, die jeder griechische Staatsangehörige, der sich in das Ausland begeben wolle, bezahlen mußte, endgültig abzuschaffen. Bei der Gebühr handelte es sich um eine Maßnahme, die vorübergehend ergriffen worden war, um Devisenschmuggel zu verhindern und die Währung zu schützen.

In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Metaxas und des Unterstaatssekretärs im Arbeitsministerium, Dimitratas, wurde am Dienstag von den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Eisenindustrie ein Kollektivvertrag unterzeichnet, der Mindestlöhne festsetzt.

Moskau wühlt auch in Syrien.

Beirut, 14. Oktober. Der aus Lohngründen nach der Frankenabwertung ausgebrochene Zeitungsstreik, der zum Nichterscheinen aller Blätter in Syrien und im Libanon seit Montag führte, ist im Abflauen begriffen. Es ist erwiesen, daß dieser Streik durch kommunistische Agenten geschürt wurde.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.